GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Politikfeldübergreifende Koordination als neue Steuerungsform im aktivierenden Sozialstaat? : Eine Analyse der Employability Politik in Dänemark, Deutschland und Großbritannien am Beispiel der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern

Dingeldey, Irene

2003

https://doi.org/10.25595/2140

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dingeldey, Irene: *Politikfeldübergreifende Koordination als neue Steuerungsform im aktivierenden Sozialstaat? : Eine Analyse der Employability Politik in Dänemark, Deutschland und Großbritannien am Beispiel der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern*, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 32 (2003) Nr: 1, 97–108. DOI: https://doi.org/10.25595/2140.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Irene Dingeldey (Bremen)

Politikfeldübergreifende Koordination als neue Steuerungsform im aktivierenden Sozialstaat?

Eine Analyse der Employability Politik in Dänemark, Deutschland und Großbritannien am Beispiel der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern

Das Ziel der employability *im Rahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wird als exemplarisch für einen Wandel des Wohlfahrtsstaates zum aktivierenden Sozialstaat verstanden. Ziel des Beitrages ist es, eine empirische Überprüfung der mit dem aktivierenden Sozialstaat verbundenen Thesen der Universalisierung der Arbeitsmarktteilhabe sowie der mit der staatlichen Gewährleistungsverantwortung von Chancengleichheit verbundenen Einführung neuer Steuerungsformen zu leisten. Dazu wird exemplarisch die Umsetzung des Ziels der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern in Deutschland, Dänemark und Großbritannien untersucht. Im Vordergrund steht die Frage, ob im Sinne eines* Holistic Government *eine politikfeldübergreifende Koordination zwischen Arbeitsmarkt- und Familienpolitik in den verschiedenen Ländern umgesetzt wird. Ergebnis der Untersuchung ist, dass sowohl das Ausmaß der Arbeitsmarktaktivierung von Müttern als auch der Grad erfolgreicher Koordination von Arbeitmarkt- und Familienpolitik durch die unterschiedliche Konstituierung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Normen beeinflusst wird.*

Employability wird seit Beginn der 90er Jahre sowohl von der EU (Keller 1999, 143; Aust 2000) als auch in zahlreichen Mitgliedsstaaten als zentrales Ziel der *aktivierenden* Arbeitsmarktpolitik propagiert. Damit wird in der Arbeitsmarktpolitik ein Wandel von eher marktkompensatorischen und auf (passive) soziale Absicherung der Arbeitmarktklienten abzielendenden Maßnahmen zu Gunsten der Verbesserung der Befähigung zur Arbeitsmarktteilhabe (auch von bislang arbeitsmarktfernen Gruppen) eingeleitet bzw. konsolidiert. Die *aktivierende* Arbeitsmarktpolitik steht damit exemplarisch für einen Wandel hin zum *aktivierenden Sozialstaat*, der in seiner vollen Konsequenz letztlich eine Universalisierung der Arbeitsmarktteilhabe beinhaltet (OECD 1990, 1994). Sofern dabei jedoch auch Chancengleichheit weiterhin ein Prinzip der Sozialpolitik darstellt, ist dies keinesfalls mit deren *Entstaatlichung* gleichzusetzen. Um unterschiedliche Ausgangsbedingungen beim Arbeitsmarktzugang auszugleichen bzw. zu gewährleisten, dass alle Arbeitsmarktgruppen über ausreichende Kompetenzen und Ressourcen für die Arbeitsmarktteilhabe verfügen (Olk 2000, 112–113), sieht sich der aktivierende Sozialstaat vielmehr veränderten und äußerst komplexen Steuerungsanforderungen gegenüber.

Allgemeine Vorstellungen zur Veränderung sozialpolitischer Steuerungsformen werden im Zusammenhang mit bislang noch weitgehend normativen Konzepten wie dem *kooperativen Wohlfahrtsstaat* diskutiert (Schmid 1996; Rabe/Schmid 1999). Für die Gewährleistung von Chancengleichheit, die im Rahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eine wesentliche

Rolle spielen dürfte, erscheint jedoch das von britischen Wissenschaftlern entwickelte Konzept eines *Holistic Government* von besonderer Bedeutung (6 1997; 6 et al. 2002). Dabei wird die Entwicklung einer ganzheitlichen Politik im Sinne einer „die funktionale Verwaltungsdifferenzierung zunehmend aufhebende Koordination" als Voraussetzung für die Lösung moderner sozialpolitischer Probleme gesehen (1). Eine empirische Überprüfung der mit dem aktivierenden Sozialstaat verbundenen Thesen der Universalisierung der Arbeitsmarktteihabe sowie der mit der staatlichen Gewährleistungsverantwortung von Chancengleichheit verbundenen Einführung *neuer* Steuerungsformen steht jedoch noch aus.

Anhand des Vergleichs der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Deutschland und Großbritannien soll daher im folgenden *erstens* untersucht werden, ob in den einzelnen Ländern tatsächlich eine Universalisierung der Arbeitsmarktteilhabe angestrebt wird. *Zweitens* soll überprüft werden, ob im Rahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik „traditionelle Ressortgrenzen überschreitende Koordination" stattfindet wie dies im Konzept des *Holistic Government* prognostiziert wird.

Dazu bietet sich die Untersuchung der Umsetzung von Beschäftigungsfähigkeit für Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern (im Folgenden: nur noch Mütter) an (2). Diese traditionell eher arbeitsmarktferne Gruppe lässt exemplarisch das Ausmaß der Arbeitsmarktaktivierung ermessen. Zudem erscheint für Mütter das Erreichen von Beschäftigungsfähigkeit besonders voraussetzungsvoll, da sie die Freistellung von Betreuungsaufgaben beinhaltet.

Anhand der Koordination von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik kann daher exemplarisch der Wandel sozialstaatlicher Steuerung hin zum *Holistic Government* in Form zunehmender politikfeldübergreifender Koordination analysiert werden (3).

Dabei ist anzunehmen, dass sowohl das Ausmaß der Arbeitsmarktaktivierung von Müttern als auch der Grad der erfolgreichen Koordination von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik zweifach durch die unterschiedliche Konstituierung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Normen in Dänemark, Deutschland und Großbritannien beeinflusst wird: einerseits durch die allgemeinen sozialpolitischen Prinzipien des sozialdemokratisch-universalistischen, des konservativ-korporatistischen und des liberalen Wohlfahrtsstaates (Esping-Andersen 1990, 1999) sowie andererseits durch jeweils stärker am egalitären oder am traditionellen bzw. modernisierten männlichen Ernährermodell orientierten *gender contract* (Sainsbury 1999; Pfau-Effinger 2001). Diese konstituieren generelle steuerungspolitische Voraussetzungen für das Erreichen der *Beschäftigungsfähigkeit von Müttern* (4).

1. Neue Steuerungsvorstellungen für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

In Großbritannien wurde das steuerungspolitische Konzept des *Holistic Government* im Zuge der Implementation der Reformpolitiken des Dritten Weges entwickelt (6 1997; 6 et al. 2002). Die Prämissen dieses Ansatzes gehen von der Komplexität sozialer Probleme aus. Als Charakteristikum sogenannter *Wicked Problems* gilt, dass sie sich Problemlösungen entziehen, die einzelnen Verwaltungseinheiten zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass beispielsweise Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit die Folge von Bildung, individuellem Streben, Klassenstruktur, Arbeitsmarkt, sozialen Netzwerken, dem Zusammenwirken von Siedlungsplanung, Verkehrsverbindungen, Arbeitsmarkt, und vielem mehr ist. Um daher Beschäftigungsfähigkeit herzustellen, bedarf es der koordinierten Anstrengungen vieler öffentlicher, privater und Dritter-Sektor-Akteure und Organisationen (6 et al. 2002, 34–35).

Das Leitbild des *Holistic Government* beinhaltet daher einen Wandel der politischen Interventionsstrategien hin zu ganzheitlichen, präventiven, outcome-orientierten sowie auf Kultur- und Einstellungsveränderung abzielende Interventionsformen (6 1997, 10–11). Insbesondere die ganzheitlichen Interventionsstrategien, aber auch die outcome-Orientierung bedingen dabei die Notwendigkeit, die funktio-

nale Verwaltungsdifferenzierung zunehmend aufzuheben bzw. *Koordination* über traditionelle Ressortgrenzen hinweg zu etablieren (6 et al. 2002, 33). Voraussetzungen für *Holistic Government* sind demnach das Verständnis für die sich gegenseitig beeinflussenden politischen Ziele und Maßnahmen sowie das Erkennen möglicher Konflikte zwischen den Zielen unterschiedlicher Ressorts. In Konsequenz bedeutet *Holistic Government* daher auch die an Problemlösungen orientierte Suche nach gemeinsamen, sich gegenseitig unterstützenden Zielsetzungen und Maßnahmen verschiedener Ressorts bzw. Verwaltungseinheiten (6 et al. 2002, 32). Zu etablierende integrative Organisationsformen sind interministerielle oder auch ressortübergreifende Arbeitsgruppen, policy-koordinierende Einheiten und so weiter. Dabei sind verschiedene Stufen der Koordination bzw. Integration vorgesehen, die von der Berücksichtigung der Folgen strategischer Entscheidungen *für andere* bzw. andere Ressorts bis zur Verschmelzung verschiedener Verwaltungseinheiten reichen (6 et al. 2002, 50–51).

Wird also das Ziel der employability letztlich als emanzipatorische sozialpolitische Zielsetzung verstanden und die aktivierende Arbeitsmarktpolitik als Schritt in Richtung Universalisierung der Arbeitsmarktteilhabe, so wird auch hier die Notwendigkeit der policy-Steuerung entlang des *Holistic Government* relevant. Dies wird überdeutlich anhand der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern, die nicht nur von der Qualifizierung der einzelnen ArbeitsmarktteilnehmerInnen, dem Arbeitsmarkt sowie dessen Regulierung usw. abhängt, sondern in erheblichem Umfang auch von der sozialstaatlichen Infrastruktur, wie dem Zugang zu bedarfsgerechter Kinderbetreuung, oder auch der Beseitigung negativer Arbeitsanreize, die in vielen familienpolitischen Regulierungen, wie z.B. dem Ehegattensplitting, enthalten sind. Bevor jedoch das *Holistic Government* in Form der politikfeldübergreifenden Koordination zwischen Arbeitsmarkt- und Familienpolitik in den drei Untersuchungsländern analysiert wird, soll zunächst die in den Ländern unterschiedliche Einbeziehung von Müttern in die employability-Strategien gezeigt werden.

2. Für Mütter nur bedingt angestrebt – das Employability Ziel im Ländervergleich

Employability wird sowohl in Dänemark und Deutschland als auch in Großbritannien in Bezug auf Mütter thematisiert. Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen und den geschlechterpolitischen Leitbildern bestehen jedoch wesentliche Unterschiede darin, dass die Arbeitsmarktteilhabe aller Erwerbsfähigen universell angenommen wird und nur spezifische Probleme von Müttern thematisiert werden (DK), dass Mütter als spezifische Problemgruppe angesprochen werden (GER), bzw. dass nur spezifische Sub-Gruppen von Müttern selektiv aktiviert werden (UK). Dazu im einzelnen:

Die Ausgestaltung der Institutionen des *sozialdemokratisch-universalistischen dänischen Wohlfahrtsmodells* orientiert sich an Leitbildern des *Individualised Adult Worker* bzw. an einem egalitären Geschlechtermodell. Bereits seit den 70er Jahren zielt hier die Sozialpolitik auf die weitgehend individuelle soziale Absicherung durch die gleichwertige Integration von Männern und Frauen in den Arbeitsmarkt ab. Entsprechend wird im dänischen Wohlfahrtsstaat generell von der Arbeitsmarktteilhabe der Frauen ausgegangen und auch Mutter- bzw. Elternschaft wird im allgemeinen nicht als Grund für den Rückzug vom Arbeitsmarkt betrachtet, sondern nur unter bestimmten Bedingungen in Kauf genommen.

Als spezifische Zielgruppen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wurden 1993 Jugendliche und (seit 1998) Sozialhilfeempfänger angesprochen, da für diese Gruppen offensichtlich spezifische Barrieren im Hinblick auf den Arbeitsmarktzugang gesehen wurden. Mütter wurden im Zusammenhang mit spezifischen *Ausnahmen* in Bezug auf die generell erwartete Arbeitsmarktteilhabe genannt: Neben Kranken wurden auch Schwangere und Mütter mit Kindern unter sechs Monaten sowie Eltern mit Kindern, für die die Kommunen keine Betreuungsplätze zur Verfügung stellen konnten, von Maßnahmen der Arbeitsmarktaktivierung freigestellt (Rosdahl/Weise 2000, 171). Damit haben in Dänemark Erziehungs- und Betreuungsauf-

gaben nur unter ganz spezifischen Bedingungen Priorität gegenüber der universalisierten Arbeitsmarktteilhabe.

Im *konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaatsmodell Deutschlands* sind dagegen noch heute die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Institutionen weitgehend entlang des Normalarbeitsverhältnis sowie des traditionellen männlichen Ernährermodells gestaltet (Geissler 1998). Das Vollbeschäftigungsziel wurde primär entlang dieses Leitbildes interpretiert und begründete eine spezifische Selektivität der Arbeitsmarktpolitik. Die seit den 70er Jahren implementierte Politik des *knappen Arbeitsangebots* zur Bekämpfung der andauernden Arbeitsmarktkrise schloss die Nicht-Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von Müttern bzw. die Ausweitung von Angeboten zu deren De-Aktivierung ein (Gottschall/Dingeldey 2000). Dennoch nimmt auch in Westdeutschland die Erwerbsbeteiligung von Müttern kontinuierlich zu, so dass der Anteil nichterwerbstätiger Mütter (mit Kindern unter 16 Jahren) mittlerweile auf ca. 40 % gesunken ist (Bäcker et al. 2000b, 209). Dabei zeichnet sich ein Trend familialer Erwerbsmuster in Richtung *modernisiertes Ernähermodell* ab, d.h. die Erwerbsteilhabe von Müttern nimmt überwiegend in Form von Teilzeitarbeit zu. In Ostdeutschland erreicht dagegen die Erwerbsteilhabe von Müttern quasi skandinavisches Ausmaß, überwiegend auf Vollzeitbasis, was die von sozialistischen Leitbildern geprägte Politik einer Universalisierung der Erwerbsteilhabe in der vormaligen DDR wiederspiegelt. Insgesamt hat damit in Deutschland trotz weitgehender Konstanz des Institutionensystems eine partielle Modernisierung des Erwerbsverhaltens von Müttern sowie eine starke Pluralisierung der familialen Erwerbsmuster stattgefunden (Dingeldey 2000, 2002).

Auch im Rahmen der mit dem SGB III 1998 einsetzenden aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wurde bislang das grundsätzliche politische Bekenntnis zur Erwerbsfreistellung von Müttern aufgrund von Erziehungsaufgaben nicht in Frage gestellt. So sind auch Sozialhilfeempfängerinnen generell bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes nicht zur Erwerbsarbeit verpflichtet und danach kann ihnen nur dann eine Erwerbsarbeit zugemutet werden, wenn eine adäquate Kinderbetreuung sichergestellt ist (BSHG, § 18, Absatz 3). Als partielle Öffnung in Richtung Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern kann jedoch das *Job-Aqtiv Gesetz* interpretiert werden. Hier wird explizit die Steigerung der Frauenquote bei arbeitsmarktpolitischen Programmen gefordert und durch die zeitliche Erweiterung der Ansprüche auf Maßnahmen der Arbeitsförderung während der Erziehungszeiten unterstützt[1] .

Das *liberale britische Wohlfahrtsstaatsmodell* beinhaltete eine nur geringe Interventionsneigung. Gleichwohl war auch hier das männliche Ernährermodell in den sozialpolitischen Leitvorstellungen verankert, ohne dass jedoch die finanziellen Unterstützungen für diese Familienform besonders großzügig waren (Bradshaw 1996, 98). Der Modernisierungsprozess ging auch hier mit einer Steigerung der weiblichen Erwerbsbeteiligung einher, der allerdings durch die starke Polarisierung zwischen Männern und Frauen innerhalb des Arbeitsmarktes in Bezug auf Arbeitszeiten, Einkommen und soziale Sicherung gekennzeichnet ist (Anxo/O'Reilly 2000). Der Teilzeitanteil, und zwar insbesondere von kurzer oder geringfügiger Teilezeitarbeit, ist hier bei den Frauen und Müttern extrem hoch (Anxo/O'Reilly 2000, 50; Warren 2000). Mitte der 90er Jahre gab es zudem etwa drei Millionen sogenannter *Work-Poor-Households*, d.h. Haushalte ohne Erwerbstätige. Darunter waren etwa ein Fünftel aller Haushalte mit Kindern bzw. ein hoher Anteil Alleinerziehender, die überwiegend Sozialhilfe bezogen (Dingeldey 1998).

Die Arbeitsmarktaktivierung im Rahmen des *New Deal* richtete sich daher nicht nur an Jugendliche und Langzeitarbeitslose, sondern auch an die Gruppe der Mütter im Transferleistungsbezug[2] . Diese sind beim Erreichen der Schulpflicht des jüngsten Kindes zur Teilnahme an einem Gespräch im Arbeitsamt mit dem Ziel der Arbeitsmarktaktivierung verpflichtet. Die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Programmen ist jedoch freiwillig, d.h. die Verweigerung wird nicht mit Reduktion von Transferleistungen sanktioniert. Darüber hinaus sind Paarhaushalte

mit (mehreren) Kindern sowie Alleinerziehende im Sozialhilfebezug auch Zielgruppen des *Working Family Tax Credit* (WFTC). Diese Maßnahme soll insbesondere für Eltern(teile) Anreize zur Aufnahme von Teilzeitbeschäftigungen bzw. Beschäftigungen im Niedriglohnbereich durch die Kombination von Sozialhilfe und Arbeitseinkommen schaffen (HM Treasury 1998). Mütter, die nicht im Transferleistungsbezug sind, erfahren im Rahmen der britischen Arbeitsmarktpolitik keinerlei spezifische Förderung.

Das Ausmaß der Arbeitsmarktaktivierung spiegelt damit die unterschiedlichen sozialpolitischen Prinzipien der unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen bzw. der jeweiligen *gender contracts* wider: der Universalismus der Sozialpolitik und der Arbeitsmarktteilhabe sowie der egalitäre *gender contract* in Dänemark implizieren generell die Arbeitsmarktteilhabe von Müttern. In Deutschland steht die konservativ-korporatistische Sozialpolitik im Einklang mit einem noch dominanten traditionellen *gender contract*: Mütter werden weitgehend von der Arbeitsmarktteilhabe freigestellt, weshalb sie auch nur bedingt als Zielgruppe von *employability* Politiken genannt bzw. gefördert werden. Im liberalen britischen Wohlfahrtsstaat richtet sich die Aktivierungspolitik von Müttern im Rahmen einer Politik der Armutsbekämpfung selektiv an Transferleistungsempfängerinnen, womit eine (selektive) Abkehr vom männlichen Ernährermodell in der Sozialpolitik verbunden ist.

3. Koordination von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik als *Holistic Government* im Ländervergleich

Im Rahmen des Konzepts des *Holistic Government* wird ein weites Spektrum der Koordinationsformen, insbesondere in Bezug auf Politikformulierung und -implementation angesprochenen. Im folgenden werden ausschließlich die im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik erkennbaren Zielsetzungen im Hinblick auf Konvergenz bzw. Kompatibilität analysiert. Allein damit lassen sich maßgebliche Unterschiede sowohl hinsichtlich Umfang als auch Ausrichtung der politikfeldübergreifenden Koordination in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik in Dänemark, Deutschland und Großbritannien zeigen – und damit auch hinsichtlich der sozialstaatlichen Gewährleistung der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern.

Die *dänische Familienpolitik* verfolgt spätestens seit den 70er Jahren Ziele der Geschlechtergleichheit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Maßnahmen des dänischen Familienlastenausgleichs sind weitgehend individualisiert, d.h. auf die einzelnen Mitglieder der Familie, insbesondere die Kinder, ausgerichtet. Als einziges Relikt der Unterstützung spezifischer familialer Erwerbsmuster ist hier noch der übertragbare Steuerfreibetrag für Alleinverdiener zu nennen, der aber letztlich – anders als in Deutschland – nicht als Anreiz für den Arbeitsmarktrückzug gedacht ist (Dingeldey 2000). Entscheidend für die explizite Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern ist der im Ländervergleich extrem gute Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung auf Ganztagsbasis für alle Altersgruppen. Dieser darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch bei einer Deckungsquote von im Durchschnitt 54% 1997, für nahezu die Hälfte der Kinder kein Platz zur Verfügung stand – und damit insbesondere die Beschäftigungsfähigkeit von Müttern mit kleinen Kindern nicht universell gewährleistet war (siehe Tabelle 1 auf Seite 82). Komplementär zur Politik der Arbeitsmarktaktivierung wurde daher in Dänemark der sukzessive weitere Ausbau der Kinderbetreuung angestrebt, wobei seit 1998 auch zunehmend private Lösungen gefördert werden (Greve 1999, 64).

Des weiteren wurde im Rahmen der bekannten dänischen Job-Rotation Programme 1992 auch die Option des Elternurlaubs als arbeitsmarktpolitische Maßnahme eingeführt[3] und damit ganz klar arbeitsmarkt- und familienpolitische Ziele verknüpft: Beschäftigte, die für den Elternurlaub optierten, sollten qua Job-Rotation einem bis dahin arbeitslosen Substitut die Beschäftigung ermöglichen (1994 abgeschwächt). Umgekehrt sollten dadurch Eltern in die Lage versetzt werden, die Option auf Voll-

Tabelle 1: Kinderbetreuung in Dänemark

Plätze/100 Kinder im entsprechenden Alter	1987	1990	1995	1997
0–13 insgesamt	32,9	38,1	49,1	54,4
0–2 Jahre	45,5	47,2	46,0	51,2
3–5 Jahre	72,1	75,9	83,4	87,6
6–9 Jahre	32,5	41,5	63,4	70,9
10–13 Jahre	3,9	4,1	7,9	8,5

Quelle: Denmark Statistics, www2.dst.dk/internet/k16/dod99/social/social.htm, 19.02.01

Tabelle 2: Dänische Job-Rotation-Programme

Personen in Arbeitsmarkturlaub (Vollzeit-Äquivalent)* als % der Erwerbstätigen	Weiterbildung	Elternurlaub	Sabbatical	Alle
1994	0,4	1,2	0,1	1,7
1995	1,1	1,5	0,2	2,7
1997	0,8	0,8	0	1,6
1999	0,5	0,7	0	1,2
Anteil von Arbeitslosen 1997**	40 – 60 %	—		
Anteil von Frauen in % 1997**	70	91	67	
Anteil von Beschäftigten im öffentlichen Sektor*	61	47	60	
– Substitutionsquote für beschäftigte TeilnehmerInnen in % 1994–95 **– Privater Sektor**	46 85	58 87	100	

Quellen: *Compston/Madsen 2001; **Nätti/Antilla 1999, 14; ***Madsen 1998

zeit Erziehung der Kinder in der Familie zu realisieren[4] sowie der Engpass beim öffentlichen Kinderbetreuungsangebot, insbesondere für die unter-drei-jährigen, entschärft werden (Compston/Madsen 2001).

Dass auch in Dänemark Familien- bzw. Erziehungsarbeit noch geschlechtsspezifisch ist, zeigt die nahezu ausschließliche Inanspruchnahme des Elternurlaubs durch Frauen. Letztlich haben die Job-Rotation-Programme damit zur Arbeitsmarkt-De-Aktivierung von Frauen bzw. Müttern für einen begrenzten Zeitraum beigetragen. Vor dem Hintergrund der generellen Verschärfung der Arbeitsmarktaktivierung auch von Müttern ist jedoch nicht zuletzt in Dänemark selbst die Debatte unentschieden, ob dies nun als positive Erweiterung individueller Optionen oder als Restriktion für die Arbeitsmarktteilhabe von Müttern zu interpretieren ist (Meyers et al. 1999). Über die Koordination von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik ist jedoch die Beschäftigungsfähigkeit von Müttern in Dänemark im Vergleich in hohem Maße gewährleistet.

Die *deutsche Familienpolitik* wird in Bezug auf das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als ambivalent und widersprüchlich bezeichnet (Kaufmann 1993). Das traditionelle Ziel der Familienpolitik war es, die Kindererziehung in der Familie, d.h. durch die Mütter, zu gewährleisten. Deshalb sind die ökonomischen Leistungen stark ausgebaut, wobei das Ehegattensplitting und die abgeleiteten Rechte in den Sozialversicherungen überwiegend am männlichen

Ernährermodell orientiert sind. Entsprechend wurde in Westdeutschland dem Aspekt der Ermöglichung der Erwerbsteilhabe von Müttern durch den Ausbau des öffentlichen Kinderbetreuungsangebots kaum Rechnung getragen. Es ist ebenso wie die Bildungsinstitutionen weitgehend auf Teilzeitbasis organisiert. Die Familienförderung insgesamt beinhaltet damit starke finanzielle Anreize für den Arbeitsmarktrückzug bzw. die Arbeitszeitreduzierung der Ehefrauen und bietet nur sehr bedingt infrastrukturelle Voraussetzungen für die Arbeitsmarktteilhabe von Müttern (Dingeldey 2000).

Das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat dennoch seit den 70er Jahren auch in die deutsche Familienpolitik Eingang gefunden. Mit dem Elternurlaub und der Begünstigung von Erziehungszeiten in den Sozialversicherungen wurde jedoch letztlich nicht die Parallelität von Erwerbsarbeit und Familie, sondern ein Phasen-Modell unterstützt. Mittlerweile hat sich der dreijährige Elternurlaub als neue Statuspassage im Lebenslauf westdeutscher Frauen institutionalisiert (Bird 2001). Dabei wurde unterstellt, dass diese familienpolitischen Maßnahmen auch arbeitsmarktpolitisch motiviert waren und zur Reduzierung des Arbeitsangebots in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit beitragen sollten (Landenberger 1991).

Doch selbst für das Phasenmodell ist die Koordination von Maßnahmen innerhalb der Familienpolitik bzw. zwischen Familien- und Arbeitsmarktpolitik gering: So wurde das Kinderbetreuungsangebot seit den 80er Jahren in Westdeutschland nur bedingt ausgebaut (siehe Tabelle 3). Vielfach wird selbst der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz aufgrund von Stichtagsregelungen erst deutlich nach dem dritten Geburtstag des Kindes bzw. dem Ende des Erziehungsurlaubes wirksam (Schröther 1998). Die Halbtagsorientierung der deutschen Betreuungs- und Bildungsinstitutionen erklärt den hohen Anteil der Teilzeitbeschäftigung von Müttern in Deutschland, wobei diese selbst bei reduzierter Arbeitsmarktteilhabe meist auf zusätzliche Unterstützung durch Großeltern oder aber kommerzielle Angebote bei der Kinderbetreuung angewiesen sind (Bäcker et al. 2000b, 212–215; Sommer-Himmel 2001).

Vor diesem Hintergrund stellt die jüngste Reform des Elternurlaubs der rot-grünen Regierungskoalition, welche seit 2001 die Teilzeitarbeit beider Partner bis zu 30 Stunden/Woche fördert, einen ersten Vorstoß zur Förderung eines Modells der parallelen Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar (Koch 2001). Grundsätzlich muss jedoch die fortbestehende Orientierung der Familien- und Arbeitsmarktpolitik überwiegend entlang des Ernährermodells als Restriktion für die Beschäftigungsfähigkeit von Müttern in Deutschland betrachtet werden.

In *Großbritannien* dominierte sowohl in der Arbeits- als auch in der Familienpolitik die Strategie der Nicht-Intervention. Ein modernes Instrumentarium aktiver Arbeitsmarktpolitik wurde erst Ende der 70er Jahre allmählich einge-

Tabelle 3: Kinderbetreuung in Deutschland

in % aller Kinder im entspr. Alter	***Westdeutschland***			***Ostdeutschland***		
	1986	**1994**	**2000***	**1989**	**1994**	**2000***
Kinder unter 3 Jahren	1,6	2,2	3,6 (1,6)	56,4	41,3	14,4 (5,0)
Kinder zwischen 3 und 6,5 Jahren	69,3	73,0	77,2 (2,7)	112,0	96,2	85,4 (2,1)
Hortbetreuung für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren	3,0	3,5	2,9 (1,0)	60,6	22,6	15,8 (0)

Quellen: Henow, G., Tageseinrichtungen für Kinder am 31. 12. 1994, in: Wirtschaft und Statistik 12/1996, 806. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.). 10. Kinder- und Jugendbericht, Bericht über die Lebenssitutation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland, Bericht der Sachverständigenkommission, Bundestagsdrucksache 13/11368, Bonn 1998, 200; zit. nach (Bäcker et al. 2000b, 212)
* in Klammern: Anteil der Kinder bei Tagesmutter; Erhebungsbasis sind Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand im Jahr 2000 in % aller Kinder in der jeweiligen Altersgruppe; Datenbasis: SOEP 2000 u. eig. Berechnungen d. Autoren (Spieß et al. 2002).

führt (Dingeldey 1997, 246; Dingeldey 1998). Die Familienpolitik war bis in die 90er Jahre kaum entwickelt, familienpolitische Interventionen zielten als Teil der Armutsbekämpfung primär auf die Unterstützung von bedürftigen Familien ab (Kaufmann 1993). Mutterschutz und Elternurlaub wurden letztlich erst im Zuge der Implementation der EU-Gesetzgebung in den 90er Jahren rechtlich verankert, wobei die Einführung von 13 Wochen Elternurlaub ohne finanzielle Kompensation oder Teilzeitoption im Ländervergleich nicht besonders komfortabel ist (Ringen 1997, 50–51; Rake 2001). Das Angebot öffentlicher Kinderbetreuung war faktisch bis Ende der 80er Jahre kaum existent (Randall 2002, 219). Seitdem haben die Betreuungsangebote zugenommen, wobei allerdings eine eindeutige Dominanz der privaten Einrichtungen besteht (siehe Tabelle 4). Bis dahin zeigte sich auch in Großbritannien die Orientierung am Ernährermodell in einzelnen Regulierungen, wie z.B. der sogenannten *Married Couples' Allowance,* einer steuerlichen Begünstigung von Alleinverdienern, die aber gleichwohl deutlich geringer war als in Deutschland und 2000 abgeschafft wurde (Dingeldey 2001). Sozusagen als funktionales Äquivalent sah auch die Regulierung des Sozialhilfebezugs die Freistellung Alleinerziehender Eltern von der Erwerbsteilhabe vor (Bradshaw 1996).

Mit der Arbeitsmarktaktivierung der Mütter im Transferleistungsbezug im Rahmen des *New Deal* wurden gleichwohl spezifische Bedingungen der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern steuerungspolitisch reflektiert, indem gleichzeitig die sogenannte *National Childcare Strategy* eingeführt wurde (Harker 1998). Diese zielt primär auf die Verbesserung der *out of scholl*-Betreuung ab, wofür über 90 % der zusätzlichen Mittel eingesetzt wurden (Rake 2001), so dass sich die Zahl entsprechender Einrichtungen von 320 1992 auf 3000 1998 erhöhte (Yeandle 1999, zit. in: Rubery 2001, 33). Darüber hinaus wird seit 1998 für jedes 4-jährige Kind ein Betreuungsplatz garantiert und bis 2002 soll auch für 66 % aller 3-jährigen ein Platz zur Verfügung stehen. Die geförderten Betreuungszeiten für diese Gruppen erstrecken sich jedoch lediglich auf 12,5 Stunden die Woche während 2/3 des Kalenderjahres (Rake 2001). Damit aber ist selbst die im Rahmen des *Working Family Tax Credit* (WFTC) vorgesehene Mindestarbeitszeit von 16 Stunden pro Woche nicht gewährleistet. Eine Feinkoordination ist also lediglich für die Zielgruppe der Alleinerziehenden/Familien mit schulpflichtigen Kindern gelungen.

Als Beispiel für die Koordination von Familien- und Arbeitsmarktpolitik ist ferner der *WFTC* selbst zu nennen, der als arbeitsmarkt-, familien- und steuerpolitischer Maßnahmen-

Tabelle 4: Kinderbetreuung in Großbritannien

Plätze für 0–4jährige/ 100 Kinder	**1986**			**1990**			**1996**		
	Insg.	**Öff.**	**Priv.**	**Insg.**	**Öff.**	**Priv.**	**Insg.**	**Öff.**	**Priv.**
Day nursery (Tagespflege)	**1,92**	50,16	49,84	**2,74**	31,99	68,01	**5,67**	11,16	88,84
Child minders (0–4)	**4,59**	1,12	98,88	**6,45**	0,92	99,08	**11,96**	0,61	99,39
LEA nursery schools and classes (Vorschule) **(2–4; mainly part-time)**	**4,39**			**4,54**		**5,35**	**45,0*** und **85,0***		
Reception classes (4 years old only)	**8,5**	88,86	11,14	**9,25**	87,74	12,26	**11,74**	89,16	10,84
Playgroups (einzelne Tage)	**7,56**	0,76	99,24	**7,19**	0,61	99,39	**6,97**	0,35	99,65

*1994; LEA=Local Education Authorities; DfEE and DoH zitiert nach Rostgard/Fridberg 1998.

Mix charakterisiert werden kann. Er ist als Anreiz für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, auch als Teilzeittätigkeit, für Sozialhilfeempfänger mit Kindern geschaffen und beinhaltet die Möglichkeit der Ergänzung des Erwerbseinkommens durch Transferleistungen, wobei hohe Freibeträge für Kinder bzw. Kinderbetreuungskosten gewährt werden. Die Implementation der Maßnahme als negative Einkommensteuer erfolgt mittlerweile über das Steuersystem bzw. die Finanzverwaltung. Im Einklang mit den britischen Traditionen der Familienpolitik ist dieser Maßnahmenmix primär auf Armutsbekämpfung bei Familien ausgerichtet.

Die Koordination von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im Rahmen der Reformen von *New Labour* forciert damit primär die selektive Arbeitsmarktaktivierung von Alleinerziehenden mit schulpflichtigen Kindern. Nicht zuletzt aufgrund des ohnehin nur gering ausgebauten Interventionsinstrumentariums britischer Arbeitsmarkt- und Familienpolitik steht dabei weniger die Befähigung zu qualifizierter und existenzsichernder Erwerbsarbeit als vielmehr die faktische Arbeitsmarktintegration, größtenteils via (geringfügiger) Teilzeitarbeit im Niedriglohnsektor, im Vordergrund.

4. Normative und institutionelle Voraussetzungen für den Steuerungserfolg in Bezug auf die *Beschäftigungsfähige Mutter*

Mit dem Vergleich der *employability*-Politiken in Dänemark, Deutschland und Großbritannien konnte deutlich gemacht werden, dass innovative Steuerungsformen wie im Konzept des *Holistic Government* aufgezeigt und hier in Form politikfeldübergreifender Koordination untersucht, tatsächlich an Bedeutung gewinnen. Ob bzw. in welchem Umfang die Förderung der *employability* auch Mütter einschließt und dabei die Voraussetzung politikfeldübergreifender Koordination, z.B. zwischen Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, reflektiert wird, erscheint grundsätzlich von drei institutionellen bzw. normativen Faktoren abhängig: *Erstens*, dem Typus des *Gender contract*, *zweitens*, dem Wohlfahrtsstaatsmodell und *drittens*, dem Ausbau des Policy-Instrumentariums.

Die konsensuale Etablierung eines egalitären *gender contract* und ein universalistisch orientierten Wohlfahrtsstaat ergänzen sich gegenseitig und stellen einer Art Meta-Konsensus dar (Dingeldey 2003), welcher die Koordination und Ausrichtung verschiedener Politikfelder mit dem Ziel der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern optimal gewährleistet. Ein gut entwickeltes Policy-Instrumentarium begünstigt schließlich die Mikro-Koordination einzelner Maßnahmen. Für die Beschäftigungsfähigkeit von Müttern erweisen sich beispielsweise der Ausbau der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die Dienstleistungsorientierung der Familienpolitik (gegenüber eher transfer-dominierten policy-Traditionen in beiden Politikfeldern) als besonders positiv. Da in Dänemark alle diese Voraussetzungen weitgehend gegeben sind, ist die Steuerungsfähigkeit des dänischen Wohlfahrtsstaates im Hinblick auf die *Beschäftigungsfähige Mutter* am höchsten entwickelt.

Traditionelle *gender*-Modelle bzw. die eher selektiv orientierten Politiken zur Unterstützung der Arbeitsmarktteilhabe in den konservativen oder liberalen Wohlfahrtsstaaten stehen dagegen einem Meta-Konsens in Bezug auf die staatliche Förderung der Arbeitsmarktintegration von Müttern entgegen. Insbesondere im liberalen britischen Wohlfahrtsstaat kommt noch hinzu, dass das sozialpolitische Interventionsinstrumentarium nur gering ausgebaut und gleichzeitig die Ausweitung sozialstaatlicher Intervention umstritten ist. Damit fehlt jedoch die Korrektur der *Ungleichheit* von Beschäftigungsfähigkeit bei verschiedenen Gruppen. Die Folge ist die Verschärfung von Stratifizierungseffekten, die sich u.a. in Umfang und Qualität der Arbeitsmarktteilhabe sowohl zwischen Männern und Frauen als auch zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Frauen und Müttern niederschlagen.

Um eine Politik zur Gewährleistung der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern in Deutschland und Großbritannien erfolgreich zu implementieren, wäre – in Anlehnung an das Konzept des *Holistic Government* – zunächst die Etablierung eines Konsensus zur Modernisierung des geschlechterpolitischen Leitbildes

und/oder des Umfangs sozialstaatlicher Gewährleistungsverantwortung zur Sicherung von sozialer Chancengleichheit notwendig.

ANMERKUNGEN

1 Aufgrund des sogenannten Job-Aqtiv-Gesetzes sind Frauen ab dem 1. Januar 2003 während des Bezugs von Mutterschaftsgeld sowie bei Erziehung eines ein bis drei Jahre alten Kindes bei der Bundesanstalt für Arbeit versichert, sofern sie unmittelbar vorher sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Damit haben sie Anspruch auf Arbeitslosengeldleistungen und Arbeitsförderungsmaßnahmen im Anschluss an die Familienpause. Als Beitrag zur Vereinbarung von Weiterbildung und Familie wurde ferner die Erstattung von Kinderbetreuungskosten bei einer Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung auf 130 • angehoben.

2 Die Förderangebote im Rahmen des *New Deal for Lone Parents* bzw. des *New Deal for Partner of the Unemployed* waren zunächst auf „Unterstützung und Beratung" beschränkt. Qualifizierungsmaßnahmen werden erst seit 2000 angeboten, wobei die Inanspruchnahme mit 9% bislang gering ist (Rake 2001). Die Frauenprogramme waren damit deutlich schlechter ausgestattet als die für Jugendliche und Langzeitarbeitslose.

3 Bis dahin gab es in Dänemark 18 Wochen Mutterschutz, 2 Wochen Vaterschaftsurlaub sowie weitere 10 Wochen Elternurlaub (wahlweise für Mutter oder Vater). Der Elternurlaub in Form der *Job-Rotation* wurde erst ab 1994 in nennenswertem Umfang in Anspruch genommen als die Dauer auf ein Jahr und die Anspruchsberechtigung auf Arbeitslose und Selbständige erweitert, die finanzielle Kompensation erhöht sowie die Bedingung fallengelassen wurde, dass ein „Stellvertreter" eingestellt werden musste. Ein erneuter Rückgang der TeilnehmerInnenzahlen ist auf die allgemeine Steigerung der Arbeitskräftenachfrage und die Reduzierung der finanziellen Kompensation auf 60 % des Arbeitslosengeldes seit 1997 zurückzuführen.

4 In den 90ern hatten mehr als 37 % der Frauen mit Kindern im Alter zwischen ein und zwei Jahren diesen Wunsch (Jensen 1993).

LITERATUR

6, Perry (1997). Holistic Government, London.

6, Perry/Diana *Leat*/Kimberly *Seltzer*/Gerry *Stoker* (2002). Towards Holistic Governance. The new Reform Agenda, Houndmills/New York.

Anxo, Dominique/Jacqueline *O'Reilly* (2000). Beschäftigung, Arbeitszeit und Übergangsarbeitsmärkte in vergleichender Perspektive, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 25 (2), 43–74.

Aust, Andreas (2000). ‚Dritter Weg' oder ‚Eurokeynesianismus'? Zur Entwicklung der Europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 29 (3), 269–283.

Bäcker, Gerhard/Reinhard *Bispink*/Klaus *Hofemann*/Gerhard *Naegele* (2000a). Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Ökonomische Grundlagen, Einkommen, Arbeit und Arbeitsmarkt, Arbeit und Gesundheitsschutz, Opladen.

Bäcker, Gerhard/Reinhard *Bispink*/Klaus *Hofemann*/Gerhard *Naegele* (2000b). Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Gesundheit und Gesundheitssystem, Familie, Alter, Soziale Dienste, Opladen.

Bird, Katherine (2001). Parental Leave in Germany – An Institution with two Faces?, in: Lutz *Leisering*/Rainer *Müller*/Karl *Schumann* (Hg.): Institutionen und Lebenslauf im Wandel, Weinheim/München, 55–87.

Bradshaw, Jonathan (1996). Family Policy and Family Poverty, in: Policy Studies, 17 (2), 93–106.

Compston, Hugh/Kongshoj Per *Madsen* (2001). Conceptual Innovation and Public Policy: Unemployment and Paid Leave Schemes in Denmark, in: Journal of European Social Policy, 11 (2), 117–132.

Denmark Statistics (www2.dst.dk/internet/k16/dod99/social/social.htm, 19.02.01)

Dingeldey, Irene (1997). Britische Arbeitsbeziehungen. Gewerkschaften zwischen Konflikt, Kooperation und Marginalisierung, Wiesbaden.

Dingeldey, Irene (1998). Arbeitsmarktpolitische Reformen unter New Labour, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (B 11), 32–38.

Dingeldey, Irene (2000). Einkommensteuersysteme und familiale Erwerbsmuster im europäischen Vergleich, in: Irene *Dingeldey* (Hg.): Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen. Begünstigungen und Belastungen verschiedener familialer Erwerbsmuster im Ländervergleich, Opladen, 11–48.

Dingeldey, Irene (2001). European Tax System and their Impact on Family Employment Patterns, in: Journal of Social Policy, 30 (4), 653–672.

Dingeldey, Irene (2002). „Der blinde Fleck" in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Kritik und Erweiterung der Forschungsperspektiven, Zes-Arbeitspapier, Nr. 2/02, Bremen.

Dingeldey, Irene (2003). Koordination zwischen Staat, Markt und Familie? – Kritik der selektiven Perspektiven in der vergleichenden Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktforschung, in: Roland *Czada*/Susanne *Lütz* (Hg.): Transformation und Perspektiven des Wohlfahrtsstaates, Opladen, im erscheinen.

Esping-Andersen, Gösta (1990). The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.

Esping-Andersen, Gösta (1999). Social Foundations of Postindustrial Economies, Oxford.

Geissler, Birgit (1998). Normalarbeitsverhältnis und Sozialversicherungen – eine überholte Verbindung?, in: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung, 31 (3), 550–557.

Gottschall, Karin/Irene *Dingeldey* (2000). Arbeitsmarktpolitik im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat: Auf dem Weg zu reflexiver Deregulierung?, in: Stefan *Leibfried*/Uwe *Wagschal* (Hg.): Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen – Reformen – Perspektiven, Frankfurt, 306–339.

Greve, Bent (1999). The Changing Universal Welfare Model. The Case of Denmark Towards the 21st Century, Roskilde.

Harker, Lisa (1998). A National Childcare Strategy: Does it Meet the Childcare Challenge?, in: The Political Quarterly, 69 (4), 458–463.

HM Treasury (Hg.) (1998). The Working Families Tax Credit and Work Incentives, London.

Jensen, Jytte Juul (1993). Public Childcare in an Equality Perspective, in: Sören *Carlsen*/Jörgen Elm *Larssen* (Hg.): The Equality Dilemma, Copenhagen, 103–117.

Kaufmann, Franz-Xaver (1993). Familienpolitik in Europa, in: Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.): 40 Jahre Familenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Neuwied, 141–169.

Keller, Berndt (1999). Aktuelle Entwicklungen „europäischer" Beschäftigungspolitik: Vom Weißbuch zum Beschäftigungskapitel, in: Sozialer Fortschritt, 48 (6), 141–150.

Koch, Angelika (2001). Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik, in: Feministische Studien, 19 (1), 49–61.

Landenberger, Margarete (1991). Erziehungsurlaub: Arbeitsmarkpolitisches Instrument zur selektiven Ausgliederung und Wiedereingliederung von Frauen, in: Karl-Ulrich *Mayer*/Jutta *Allmendinger*/Johannes *Huinink* (Hg.): Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie, Frankfurt, 262–287.

Madsen, Kongshoj Per (1998). Das dänische „Beschäftigungswunder", in: Mitbestimmung, (5), 36–38.

Meyers, Marcia K./Janet C. *Gornick*/Katherine E. *Ross* (1999). Public Childcare, Parental Leave, and Employment, in: Diane *Sainsbury* (Hg.): Gender and Welfare State Regimes, Oxford/New York, 117–147.

Nätti, Jouko/Timo *Anttila* (1999). Paid Leave Models with Job Rotation in Belgium, Denmark and Finland, 7th international Symposim on Working Time, Conference Paper ‚Working Time in Flux', ISWT/SITT, Gelsenkirchen.

OECD (1990). Labour Market Policies for the 1990s, Paris.

OECD (1994). New Orientations for Social Policy, in: OECD Social Policy Studies, (12).

Olk, Thomas (2000). Weder Rund-Um-Versorgung noch „pure" Eigenverantwortung. Aktivierende Strategien der Politik für Familien, alte Menschen, Frauen, Kinder und Jugendliche, in: Erika *Mezger*/Klaus-W. *West* (Hg.): Aktiverender Sozialstaat und politisches Handeln, Marburg, 105–125.

Pfau-Effinger, Birgit (2001). Kontextualisierung der international vergleichenden Analyse von Arbeitsmarktwandel, in: A. Peter *Berger*/Dirk *Konietzka* (Hg.): Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten, Opladen, 277–313.

Rabe, Birgitta/Günther *Schmid* (1999). Eine Frage der Balance: Reform der Arbeitsmarktpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (B37), 21–30.

Rake, Katherine (2001). Gender and New Labour's Social Policies, in: Journal of Social Policy, 30 (2), 209–231.

Randall, Vicky (2002). Child Care in Britain, or, How Do You Restructure Nothing?, in: Sonya *Michel*/Rianne *Mahon* (Hg.): Child Care Policy at the Crossroads, New York/London, 219–239.

Ringen, Stein (1997). Change and Family Policies: Great Britain, in: Sheila B. *Kamerman*/Alfred J. *Kahn* (Hg.): Family Change and Family Policies in Great Britain, Canada, New Zealand, and the United States, Oxford, 31–100.

Rosdahl, Anders/Hanne *Weise* (2000). When all must be Active – Workfare in Denmark, in: Ivar *Lödemel*/Heather *Trickey* (Hg.): An Offer You can't refuse, Bristol, 159–180.

Rostgard, Tine/Torben *Fridberg* (1998). Caring for Children and Older People – A Comparison of European Policies and Practices, Copenhagen.

Rubery, Jill (2001). Evaluation of UK National Action Plan: A Gender Equality Perspective,

Sainsbury, Diane (1999). Gender and Welfare State Regime, Oxford.

Schmid, Günther (1996). Reform der Arbeitsmarktpolitik. Vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum kooperativen Sozialstaat, in: WSI-Mitteilungen, 49 (10), 629–641.

Schröther, Andrea (1998). Formen und Möglichkeiten der Kleinkinderbetreuung zwischen Erziehungsurlaub und Kindergarten, in: Zeitschrift für Familienforschung, 10 (2), 53–74.

Sommer-Himmel, Roswitha (2001). „Was kann man schöneres überhaupt tun?" Zum Selbstverständnis von Großeltern in der regelmäßigen Kinderbetreuung, in: Zeitschrift für Frauenforschung, 19 (3), 109–117.

Spieß, Katharina/Felix *Büchel*/Joachim R. *Frick* (2002). Kinderbetreuung in West- und Ostdeutschland: Sozioökonomischer Hintergrund entscheidend, in: DIW Wochenbericht, 68 (31).

Warren, Tracey (2000). Diverse Breadwinner Models: A Couple-Based Analysis of Gendered Working Time in Britain and Denmark, in: Journal of European Social Policy, 10 (4), 349–371.

AUTORIN

Irene DINGELDEY, Dr. rer soc., ist wissenschaftliche Assistentin am Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, Abteilung Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat.

Forschungsschwerpunkte**:** Wohlfahrtsstaatsvergleich, Theorien staatlicher Steuerung, Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik.

Kontakt: E-Mail: i.dingeldey@zes.uni-bremen.de

Postadresse: Dr. Irene Dingeldey, Zentrum für Sozialpolitik, Parkallee 39, 28209 Bremen.